



HESSISCHER LANDTAG

24. 05. 2019

KPA

Berichts Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Schulplatzzuweisung für weiterführende Schulen

Die Schulplatzvergabe in Hessen ist Jahr um Jahr ein streitbefangenes Thema. Die Frankfurter Neue Presse hat am 23. Mai 2019 über die Aufhebung des Beschlusses des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes und die damit verbundene Rücküberweisung der Entscheidung durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 12. März 2019 berichtet. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass die Verfahren der Zuweisung vielerorts als intransparent wahrgenommen werden.

Die Landesregierung wird ersucht, im Kulturpolitischen Ausschuss (KPA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. März 2019, 1 BvR 2721/16?
2. Aus welchen Gründen wurden den Schulen Vorabinformationen über die beabsichtigte Ablehnung der Aufnahme in der Wunschschule untersagt?
3. Entspricht es der Tatsache, dass erneute Beratungsgespräche in diesem Zusammenhang ebenfalls abgeschafft wurden, und wenn ja mit welcher Begründung?
4. Gilt dies nur für das Staatliche Schulamt Frankfurt am Main?
Wenn nein, in welchen anderen Schulamtsbezirken wurden die Verfahren ebenfalls und in welcher Art und Weise verändert?
5. Wie haben sich die Zahlen der Widersprüche gegen die Absagen in den letzten 7 Jahren entwickelt? (bitte aufgelistet nach Schulamtsbezirken.)
6. In wie vielen Fällen wurde den Widersprüchen stattgegeben?
7. Wie viele Gerichtsverfahren wurden in diesem Zeitraum angestrengt und wie wurden diese entschieden?
8. Sieht die Landesregierung die Notwendigkeit, das Verfahren zur Schulplatzvergabe zu ändern und in welcher Art und Weise?
9. Wenn nein, aus welchem Grund sieht sie trotz der immerwährenden Kritik keinen Änderungsbedarf?

Wiesbaden, 23. Mai 2019

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock